

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

April 2019

Nr.04 · 15. Jahrgang

„Fridays for future“ auch in Potsdam

Der globale Klimastreik „Fridays for Future“ hat am 15. März allein in Berlin rund 20.000 Schülerinnen und Schüler auf die Straße gebracht. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut“, lautete ihr Appell an die Bundesregierung, den Klimaschutz endlich ernst zu nehmen. Die Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping schlossen sich der Demonstration an und auch die Europaabgeordnete Martina Michels zeigt sich solidarisch mit den Klimaaktivist*innen, denn Klimaschutz ist „eine der zentralen, wenn nicht die zentrale aktuelle Herausforderung, vor der wir als Politik und Gesellschaft stehen“, so Michels

Dem weltweiten Protest schlossen sich am 15. März auch in Potsdam über 1.800 Schüler*innen an. Dazu erklärte die Potsdamer Landtagsabgeordnete, Umweltministerin a.D. und Sprecherin für Stadtentwicklungspolitik der Fraktion DIE LINKE, ANITA TACK: „Ich unterstütze den Aufruf der Schüler*innen und deren Forderungen nach einer enkeltauglichen Klimapolitik ausdrücklich. Der sozial-ökologische Umbau muss wieder stärker in den Fokus politischer Entscheidungsprozesse rücken. Brandenburg hat unter der rot-roten Regierung seit 2009 schon vieles auf den



Weg gebracht. Ich habe in meiner Zeit als Umweltministerin an der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg mitwirken dürfen, es wurden Großschutzgebiete für die einzigartige Brandenburger Naturlandschaft geschaffen, und viele ehemalige Bergbaugelände renaturiert. Das Ende der Braunkohletagebaue ist beschlossen. Damit verbunden ist jedoch auch die politische Frage, wie es für die Menschen in der Lausitz nach dem Ende der Braunkohleabbaggerung weitergeht. Natur- und Umweltschutz ist nicht zuletzt auch eine soziale Frage und die Politik muss für die Menschen vor Ort in den nächsten Jahren zu-

kunfts-fähige Perspektiven erarbeiten. Die Forderungen der Schüler*innen nach der Einhaltung von Klimazielen, dem möglichst schnellen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und einem Umdenken in der Verkehrspolitik sind als Teil des sozial-ökologischen Umbaus wesentliche politische Ziele, die auch die LINKE in den nächsten Jahren weiter verfolgen wird.“

Unmittelbar vor der Demonstration von „Fridays for Future“ am 15. März in Potsdam trafen sich 15 Aktivistinnen und Aktivistinnen der Bewegung mit Parlamentspräsidentin Britta Stark, Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten zu einem ersten Gespräch.

Freies Internet – auch für Potsdam

Demo gegen Artikel 11, 12 und 13 der EU-Urheberrechtsreform

DIE LINKE setzt sich für eine gerechte Vergütung, aber auch für freien Zugang zu Wissen und Kultur im Internet ein. Deshalb unterstützte die Partei die europaweiten Proteste am 23. März gegen die europäische Urheberrechtsreform. DIE LINKE ist damit die einzige im Bundestag vertretene Partei, die den Entwurf zur europäischen Urheberrechtsreform im Europaparlament geschlossen ablehnt.

Die EU-Urheberrechtsreform schreibt vielen Internetseiten und Apps vor, von NutzerInnen hochgeladene Inhalte auf Urheberrechtsverletzungen zu prüfen. Praktisch allen Plattformen, die NutzerInneninhalte hosten, droht damit

die Pflicht, Uploadfilter einbauen zu müssen. Dieses neue Urheberrecht macht nicht nur NutzerInnen, sondern auch UrheberInnen das Leben schwer.

Die geplanten Uploadfilter werden massive Auswirkungen auf die Meinungs- und Pressefreiheit haben. Der Zivilgesellschaft fehlen dabei sämtliche demokratische Kontrollmöglichkeiten, um Missbrauch zu verhindern, denn die Algorithmen der Filter sind nicht öffentlich einsehbar. Dafür legt die Einführung einer automatisierten Inhaltskontrolle auf vielen Internetplattformen und Apps den technischen Grundstein für eine mögliche Zensur- und Kontrollinfrastruktur. Und sie hilft dabei

noch nicht einmal den UrheberInnen, eine faire Entlohnung zu bekommen.

„Wir wollen uns nicht filtern lassen. Wir wollen kein europäisches Leistungsschutzrecht. Wir fordern die Abgeordneten des Europaparlamentes auf, die EU-Urheberrechtsreform in der jetzigen Fassung abzulehnen! Starten Sie einen neuen Anlauf für eine Reform, die Grund- und Freiheitsrechte nicht bedroht!“

Dafür waren hunderte im Namen der Demokratie und des freien Internets am Samstag, den 23. März, ab 10.00 Uhr auf der Straße – in Potsdam vom Luisenplatz durch die Stadt bis zum Landtag.

In dieser Ausgabe

2 **LINKS in Europa**
Fragen an Mitglied und Kandidat für das Europaparlament Helmut Scholz

3 **LINKS notiert**
Ein Jahr „Gute-Überschriften-Ministerium“/ „Respekt“-Rente und „Gute Kitas“

4 **LINKE Kalenderblätter**
Jahrestag Tschernobyl/ Kalenderblätter für den April

5 **LINKS im Rathaus**
Staudenhof/Wohnraumoffensive/ „Angergrund“/ Rauchverbot und Atelierförderung

6 **LINKS in Stadt und Land**
Aus der Rede von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg auf der Gesamtmitgliederkonferenz/Im Interview: Sebastian Walter, Spitzenkandidat für die Landtagswahl/Meldungen

8 **DIE LETZTE SEITE**
Schule mal anders – Bericht aus Finnland/ Tipps&Termine

*Allen unseren
Leser*innen
wünschen wir
frohe Ostern
2019!*

Informationen der Redaktion

Die nächste Ausgabe der „PaS“ erscheint vor dem 1. Mai – am 25. April 2019. Redaktionsschluss ist dann am 12. April 2019.
Die Redaktion

EU contra Kommune?

Fragen an das Mitglied und den Kandidaten für das EP – Helmut Scholz antwortet

Helmut Scholz ist Mitglied des Europäischen Parlaments seit 2009. Er stellt sich erneut zur Wiederwahl. Scholz wurde gleich im ersten Wahlgang mit 58% der Vertreter*innenstimmen gewählt und ist somit erneut aussichtsreicher Kandidat aus dem Land Brandenburg für das „so ferne Parlament“.

Die Europawahlen wurden mit den Kommunalwahlen terminlich verbunden. Ist das nicht ungeschickt, Wahlen für ein globales Gremium mit einem regionalen zusammenzulegen?

Nein, denn das neu gewählte Europäische Parlament (EP) wird mit seinen Gesetzen und Entscheidungen auch Brandenburg und seine Kommunen beeinflussen – das EP wirkt vor Ort! Daher begrüße ich den gemeinsamen Termin zur Wahl des EP mit der Kommunalwahl in Brandenburg. Beide Ebenen wirken zusammen und haben auch durchaus Parallelen: Ob nun im EP oder in einer Gemeindevertretung, jedes Thema sucht sich seine Mehrheiten neu. Daher gehören Europa und die europäische Politik zum Handwerkszeug von kommunalpolitischer Aktivität und so ist auch die Verknüpfung beider Wahltermine miteinander sinnvoll.

Wenn die Tätigkeit der Kommunen so stark durch die EU beeinflusst wird, ist doch die Frage, welcher Handlungsspielraum da überhaupt noch besteht?

Da verhält es sich ähnlich wie mit der Beziehung des Bundestags (bzw. Landtags) zur Kommune. Das EP gibt den globalen Kontext vor, setzt die Richtlinie. Die konkrete Ausgestaltung, die Differenzierung im Kleinen, erfolgt aber vor Ort. Das EP will, kann und darf ja auch gar nicht in jedes Detail „Reinregieren“, das ist ein falsches Bild. Das EP gibt eine Art Richtschnur vor - einen Mindeststandard unter dem es dann in der EU bzw. den Mitgliedsstaaten nicht gehen darf. Was man dann vor Ort konkret damit macht und wie weit man geht (denn ein „Mehr“ geht immer) bleibt in regionaler bzw. kommunaler Hoheit. Das ist richtig und finde ich gut, denn auch für mich ist die Kommunalpolitik das Kronjuwel linker Politik.

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist sehr stark durch ihren meist schmalen Finanzrahmen bestimmt und dazu gibt es die Reglementierungen durch die EU.



Schränkt das die Kommunen nicht zusätzlich ein?

Die Grenzen setzt hier eher die Bundes- und Landespolitik, nicht das EP. DIE LINKE kritisiert den Bund zum Beispiel stark für seine Politik, die dafür sorgt, dass die Sozialausgaben immer weiter steigen - in diesem Jahr auf gute 60 Mrd. Euro, soweit ich weiß. Wenn gleichzeitig rund 80 Prozent dieser Kosten auch noch von den Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden müssen, läuft da schon was falsch, finde ich.

Das Land Brandenburg unter Rot-Rot hat hier im Rahmen seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten schon einiges zum Ausgleich für die Kommunen getan, meine ich. Der kommunale Finanzausgleich sorgt zum Beispiel dafür, dass reichere Kommunen in einen Topf einzahlen, aus dem dann ärmere Kommunen einen Ausgleich erhalten. Das ist Solidarität!

Welchen Nutzen haben die Kommunen konkret? Was wäre ohne EU nicht möglich gewesen? Welche Beispiele gibt es in Brandenburg?

Da kann ich eine fantastische Internetseite empfehlen: www.das-tut-die-eu-fuer-mich.eu. Hier findet sich sehr detailliert aufbereitet, was die EU in den letzten Jahren konkret bei uns vor Ort bewirkt und unterstützt hat. Und das ist eine Menge! Beispiel Cottbus, so ist auf dieser Internetseite zu lesen: „Aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung erhielt die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg rund 5,7 Millionen Euro für ein Projekt, bei dem erforscht werden sollte, inwieweit Sonnenenergie in Elektroautos gespeichert werden kann. (...)“

Und auch zu Spree-Neiße gibt es

dort zu lesen: „Die berühmten Spreewälder Gurken sind neben dem Spreewälder Meerrettich eine von zwei geschützten geografischen Angaben (g.g.A.) in der Spreewaldregion, wo sie seit Jahrhunderten angebaut werden.“ Ich finde, das und mehr ist nicht wenig und muss noch viel stärker publik gemacht werden! Wir haben alle etwas von der EU!

Sind sich die Kommunalpolitiker*innen dieser Möglichkeiten bewusst oder erfordert es noch weiterer Aufklärung und wer kann die leisten?

Wir alle, jede und jeder kann und muss diese Arbeit leisten. Die Politikerinnen und Politiker, indem sie mit den Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch suchen und Zusammenhänge erklären. Die Bürgerinnen und Bürger, indem sie sich für Politik interessieren und aktiv einbringen, ihre Stimme erheben und klare Forderungen an uns in der Politik stellen. Wir als LINKE wollen, dass Menschen sich wieder stärker einmischen, europäisch wie vor Ort, und Gesellschaft aktiv gestalten. Und so ist Wahlbeteiligung und Einmischung auch für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger wichtig, denn das neu gewählte EP wird mit seinen Gesetzen und Entscheidungen auch den Alltag in Brandenburg beeinflussen – das EP wirkt vor Ort!

Hier sind Aufklärung und Redlichkeit gefordert: Von uns Politikerinnen und Politikern beim Erklären der Zusammenhänge und von den Bürgerinnen und Bürgern beim Interessieren für europäische Politik.

Das Interview führte Frithjof Newiak. (gek. durch Redaktion)

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE.
Potsdam; *Kati Biesecke, Stefan Wollenberg*,
Vorsitzende. Zeppelinstraße 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION: *Bernd Martin* (V.i.S.d.P.);
H. Jo. Eggstein, Layout; *Renate Frenz*,
Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70;
Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische
Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500
00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 Leserinnen.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.
Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als
Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der
Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche
Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt
eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung
von Leserpost behält sich die Redaktion das
Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
DRUCK: Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Ein Jahr Gute-Überschriften-Ministerium

Seit 365 Tagen ist Dr. Franziska Giffey Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Seitdem fällt das Ministerium insbesondere durch kreative, böse Zungen behaupten auch infantile, Gesetzestitel auf. Die realen Probleme wurden vom Ministerium allerdings bisher nicht angegangen.

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten war es im Sommer des letzten Jahres dann endlich so weit. Das erste große Gesetzespaket aus dem Hause Giffey lag auf dem Tisch. Zunächst, so war zu hören, hatte die Union das Gesetz noch einige Pirouetten im Kabinett drehen lassen, bis Giffey ihr „Gute-Kita-Gesetz“ der Öffentlichkeit präsentieren konnte. „Gute-Kita-Gesetz“ – was für ein Name. Nachdem die Bundesrepublik beim Kita-Ausbau jahrelang auf der Stelle getreten war, die Kosten insbesondere auf Länder, Kommunen und Eltern abgeschoben wurden, während sich der Bund bis dato

sind viele richtige Maßnahmen für qualitative Verbesserungen aufgeführt, aufgrund der Bereitstellung zu knapper Mittel durch den Bund können aber nur einzelne Maßnahmen von den Ländern in Anspruch genommen werden. Somit werden nur punktuelle Verbesserungen gefördert, es wird aber keine allgemeine qualitative Anhebung der verschiedenen Qualitätsmerkmale auf das notwendig hohe Niveau erreicht. Auch besteht kaum eine Möglichkeit zu überprüfen, ob die Länder das Geld tatsächlich für Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung verwenden. Entsprechend verheerend viel auch die Kritik aus der Fachwelt an dem Gesetz aus.

Nach einer desaströsen Anhörung in der sich keiner der Sachverständigen für den Gesetzentwurf aussprach, war zunächst unklar, ob das Kita-Gesetz noch planmäßig vor Jahresende beschlossen werden könnte. Am Ende



einen schlanken Fuß gemacht hatte und wegen des Fachkräftemangels einige Kitas sogar zeitweise schließen mussten, hoffte so mancher auf den großen Wurf. Aber nichts da. Von dem großangekündigten Einstieg des Bundes in die Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und dem vollmundigen Titel blieb bei genauerer Betrachtung nicht viel übrig. So ist allein die angesetzte Summe von 5,5 Milliarden Euro bis 2022 viel zu gering, um die vielfältigen Herausforderungen in der Kindertagesbetreuung zu meistern.

Zudem können die Länder aus einem bunten Strauß an Maßnahmen wählen, in sie das Geld investieren. Zwar

einigten sich Union und SPD auf eher kosmetische Änderungen. Damit wird es wohl auch in dieser Legislatur keinen Einstieg in ein echtes Kitaqualitätsgesetz mehr geben. Von den ungelösten Problemen beim Platz-Ausbau ganz zu schweigen.

Auch für die Reform des Kinderzuschlags und des Bildungs- und Teilhabepaketes hat sich das Ministerium einen fulminanten Titel überlegt. Das „Starke-Familien-Gesetz“ sollte starken Inhalt zur Bekämpfung der Kinderarmut suggerieren. Tatsächlich enthält das Gesetz zwar einige richtige Vorschläge. So soll die harte Abbruchkante beim Kinderzuschlag endlich abgemildert werden und der Euro, den Kin-



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

der und Jugendliche, die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beziehen, diskriminierender Weise für das Mittagessen in der Schule bezahlen müssen, soll ebenfalls endlich gestrichen werden.

Von einem Gesetz das Familien wirklich stärkt und Armut wirkungsvoll bekämpft, ist der Entwurf aber meilenweit entfernt. Denn es ist zwar schön und gut, wenn im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) einige Leistungen erhöht werden. Wenn aber die Abrufquoten für diese Leistungen teilweise im einstelligen Prozentbereich liegen, dann ist das desaströs. Schließlich zählen die Leistungen aus dem BuT zum Existenzminimum von Kindern, die beispielsweise im HartzIV-Bezug leben. Aufgrund des bürokratischen Antragsverfahrens ist die Realität gerade, dass die Leistungen für Bildung und Teilhabe der Mehrzahl der Kinder, die eigentlich darauf angewiesen sind, verwehrt bleiben.

Eine wirkungsvolle Bekämpfung von Kinderarmut müsste aber genau hier ansetzen. So sollten die künstlich kleingerechneten Kinderregelsätze endlich signifikant erhöht werden und die Leistungen aus dem BuT in den Regelsatz überführt werden. Damit wäre die Kinderarmut zwar noch lange nicht besiegt, aber die Betroffenen hätten deutlich mehr davon, als von der Flickschusterei des Ministeriums.

Beide Vorhaben stehen exemplarisch dafür, was aus dem Hause Giffey in den nächsten Jahren noch zu erwarten oder gar zu befürchten ist. So ist auch aus den Ankündigungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Kindertagesbetreuung bisher wenig geworden. Mit der Reform des SGB VIII steht außerdem im nächsten Jahr noch ein Vorhaben aus, das Schlimmes befürchten lässt. Schon in der letzten Wahlperiode versuchten SPD und Union mit einer Reform der Kinder- und Jugendhilfe wesentliche Standards abzusenken und so Kosten einzusparen. Die Reform wurde allerdings letztlich im Bundesrat begraben.

Norbert Müller, MdB

Gute Kitas: Eltern stärken, Qualität verbessern, Fachkräfte gewinnen

Der Bildungsausschuss des Landtages hat am 28. Februar 2019 einstimmig dem Gesetzentwurf der rot-roten Koalition zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes zugestimmt. Dazu erklärt die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, KATHRIN DANNENBERG:

Unser Gesetz wird vor allem Familien mit geringem Einkommen und Alleinerziehenden zugutekommen – insgesamt entlasten wir 43.000 Kinder. Zusammen mit der Beitragsfreiheit im Vorschuljahr fallen ab dem Sommer für fast 70.000 Kinder keine Kita-Gebühren mehr an – das ist etwa jedes dritte Kind. Geringverdienende müssen für die Beitragsbefreiung künftig keine Anträge mehr stellen.

Darüber hinaus wird die Elternbeteiligung weiter ausgebaut. Künftig sollen Elternbeiräte auf Kreisebene gewählt werden, ihre Mitspracherechte werden ausgeweitet. Außerdem wollen wir künftig mehr Fachkräfte gewinnen und längere Betreuungszeiten finanzieren.

Respekt-Rente erster Schritt

Im Zusammenhang mit der aktuellen Stunde im Landtag zum Thema „Respekt-Rente umsetzen“, erklärt die Abgeordnete KATHRIN DANNENBERG: Die brandenburgische Linksfraktion unterstützt den Vorstoß einer Respekt-Rente als einen ersten Schritt auf dem Weg zur Neugestaltung des Sozialstaates.

Zur Stärkung der gesetzlichen Rente, der entscheidenden Säule der Altersvorsorge im Osten, stellen wir vier Forderungen auf:

- eine solidarische Mindestrente von 1.050 EUR,
- die Anhebung des allgemeinen Rentenniveaus auf 53 Prozent,
- die weitere Erhöhung des Mindestlohns auf 12,63 EUR und
- eine einheitliche solidarische Rentenkasse, in die alle Bürgerinnen und Bürger einzahlen, auch die Selbständigen, Beamten, Politiker und freie Berufe.

Nur so kann langfristig Rentengerechtigkeit hergestellt werden. Nur so ist es möglich, die Altersarmut wirksam zu bekämpfen.

Der 26. April 2019 erinnert an die Katastrophe von Tschernobyl (auch: Super-GAU von Tschernobyl). Sie ereignete sich am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl nahe der Stadt Prypjat, Ukraine (damals Sowjetunion), als Folge einer Kernschmelze und Explosion im Kernreaktor Tschernobyl Block 4. Sie gilt als die schwerste nukleare Havarie und als eine der schlimmsten Umweltkatastrophen aller Zeiten.

Grundlegende Mängel in der Konstruktion des Reaktors sowie Planungs- und Bedienungsfehler bei einem Versuch schaukelten sich auf und bewirkten einen Super-GAU. Große Mengen an radioaktivem Material wurden in die Luft geschleudert und verteilt sich hauptsächlich über die Region nordöstlich von Tschernobyl, aber auch über viele Regionen Europas. Der Unfall führte bei einer nicht genau bekannten Zahl von Menschen zum Tod. Bei vielen Erkrankungen wird die Strahlung als mögliche Ursache angesehen. Dazu

Jahrestag der Katastrophe von Tschernobyl



kommen psychische, soziale, ökologische und ökonomische Schäden. Über die zu erwartenden Langzeitfolgen besteht seit Jahren ein Streit auch unter Wissenschaftlern.

Nach der Katastrophe hatten hunderttausende Helfer, so genannte Liquidatoren, einen Sarkophag - ein provisorischer Betonmantel -, um den explodierten Reaktor errichtet. Dieser ist inzwischen an vielen Stellen gerissen und droht einzustürzen. Mit ausländischer Finanzhilfe soll deshalb in den kommenden Jahren eine neue Schutzhülle gebaut werden.

Bekannt ist die Katastrophe unter dem russischen Namen der Nachbarstadt Tschernobyl, da Russisch zum Zeitpunkt der Katastrophe Hauptsprache war. Der heute amtliche ukrainische Name der Stadt lautet Tschornobyl. Vereinzelt werden auch die englischen Schreibweisen Chernobyl bzw. Chornobyl verwendet. (Quelle: Wikipedia, Lizenz: CC-A/SA)

KALENDERBLÄTTER APRIL

1819

Zivilcasino wird gebaut

Friedrich Wilhelm III. erlässt am 12. April eine Kabinettsordre zum Bau des Zivilkasinos in der heutigen Dortustraße; das Gelände war durch den Abriss baufälliger Häuser entstanden; das am 17. 09. 1824 eingeweihte Gesellschaftshaus wird während des Bombardements auf Potsdam am 12. April 1945 zerstört.

1839

Ehrenbürger von Türk

Regierungs- und Schulrat Wilhelm v. Türk wird am 26. April Potsdams Ehrenbürger. Er ist der sechste Ehrenbürger der Stadt.

1884

Eine freiwillige Feuerwehr für Nowawes

Auf Initiative des Gemeindevorstehers von Nowawes, des Müllermeisters Julius Mücke, wird am 6. April die Freiwillige Feuerwehr von Nowawes gebildet. Damit wird die Pflichtarbeit der Einwohnerschaft durch eine freiwillige, aber stets einsatzbereite Wehr abgelöst. Der Bezirksschornsteinfegermeister H. Ellert wird durch den

Gemeindevorsteher zum Oberführer ernannt. Der Freiwilligen Feuerwehr gehören an: Webermeister W. Rosen., O. Rose jun., A. Schröder, G. Matthes, G. Mehlmann und P. Holzapfel. Vereinslokal wird das Restaurant „Turnhalle“.

1949

LKW aus der Sowjetunion

Auf dem Güterbahnhof begrüßen am 2. April 5.000 Menschen ankommende sowjetische LKW. Der Brandenburgische Wirtschaftsminister Falkenberg erklärt: „Die Feinde des Friedens drohen mit Waffen des Krieges, die Werktätigen der Sowjetunion dagegen liefern uns Waffen des Friedens: Lastkraftwagen und Traktoren für unseren friedlichen Aufbau.“ Robert Nedermeyer, Vorsitzender der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe des Landes Brandenburg, fügt hinzu: „...sie (gemeint sind die Traktoren – d.V.) werden nicht nur die deutschen Aecker umpflügen, sondern auch die Hirne vieler Deutscher Werktätiger, so daß sie politisch umlernen und Seite an Seite mit der Sowjetunion für den Frieden kämpfen.“

1954

„Reichsfilmarchiv“ an DDR übergeben

Die Regierung der UdSSR übergibt am 30. April der DDR das von „Sovexportfilm“ in Deutschland verwaltete ehemalige „Reichsfilmarchiv“. Es umfasst über 10.000 Spielfilme, ca. 7.000 Wochenschauen, Trick-, Schmal- und Kurzfilme sowie 8.000 Filmausschnitte.

1964

Amateurgrafiker stellen aus

Eine Ausstellung des Grafikzirkels des RAW Potsdam wird am 14. April im Bezirksheimatmuseum übergeben. Zu sehen sind Holzschnitte, Lithographien und Zeichnungen, Skizzen und Studien. „Die Bilder sind wirklich dem Leben abgelauscht.“ (MV, 17. 04. 1964).

1969

Weißes Wildschwein

Die MV teilt am 8. April mit, dass der Babelsberger Jagdkamerad Draeger bei Busendorf ein vollkommen weißes Wildschwein erlegt hat.

1969

Erste Fahrt der „Hermannswerder“

Das Fährboot „Hermannswerder“ begibt sich am 22. April auf seine erste Fahrt. „Besonders angenehm überrascht waren alle von der ausgezeichneten Wendefähigkeit dieses Elektrofahrbootes...“ (MV, 23. 04. 1969).

1984

Neuer Obelisk

Abschluss der Restaurierung des 23 m hohen Obeliskens am 24. April auf dem Alten Markt durch die PGH Bau und Naturstein Potsdam. An die Stelle der Reliefs preußischer Herrscher sind die von Potsdamer Baumeistern getreten (Wenzeslaus v. Knobelsdorff, Carl v. Gontard, Karl Friedrich Schinkel, Ludwig Persius). Die Reliefs stammen vom Bildhauer Rudolf Böhme.

1989

Musik vom Planwagen

Zum 20. Konzert der Country-Reihe „Musik vom Planwagen“ am 28. April im Jugendzentrum „Drushba“, Heinrich-Mann-Allee, treten u.a. die Bands „Simpler Song“ (Dresden) und „Tandem“ (Karl-Marx-Stadt) sowie der Solist Wolfram Wischott aus Bobritzsch auf.



Wie weiter mit dem Staudenhof?

Die Linksfraktion setzt mit einem Antrag das Thema Staudenhof auf die Tagesordnung der SVV. Ausgangspunkt dafür ist die kürzlich vorgelegte Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Sanierung des Bestandsgebäudes im Verhältnis zu einem Neubau in der historischen Blockstruktur. Zur Vorgeschichte gehört, dass sich die Linksfraktion konsequent für den Erhalt des großen Wohngebäudes eingesetzt hat, um die fast 200 städtischen Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im Stadtzentrum zu sichern. Eine Mehrheit aus SPD, CDU, Grünen und FDP beschloss 2012 gegen die Stimmen der LINKEN, dass das Gebäude nur bis 2022 zu erhalten und dann abzureißen ist. Ein Gutachten von 2014 wies nach, dass die Sanierung des Gebäudes wesentlich günstiger war, als der Abriss und ein Neubau. Daraufhin beantragte die Linksfraktion

erneut den Erhalt des Bestandsgebäudes. Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. 2016 nutzte die Linksfraktion die Gunst der Stunde und setzte im Zusammenhang mit dem Begleitbeschluss zum Bürgerbegehren zur Potsdamer Mitte durch, dass die Fläche im Eigentum der Pro Potsdam verbleibt und vor dem beschlossenen Abriss des Bestandsgebäudes der Nachweis der wirtschaftlich vorteilhaften Realisierbarkeit zu führen ist. „Dabei soll mindestens die gleiche Wohnungskapazität wie bisher entstehen und durch Belegungsbindungen unter sozialen Gesichtspunkten leichter zugänglich gemacht werden.“

Mit ihrem aktuellen Antrag fordert die Linksfraktion

- die Mieter langfristig und kontinuierlich in die künftige Entwicklung einzubeziehen

- für die Bestandsmieter während der Bauzeit eine Wohnung im Umfeld zur Verfügung zu stellen,

- zu prüfen, wie eine Sanierung sozial verträglich und wirtschaftlich durchgeführt werden kann,

- im Falle eines Neubaus eine soziale Belegungsbindung von mindestens 75% zu sichern,

- den Schwerpunkt auf den Aspekt bezahlbaren Wohnens zu legen und unter dieser Voraussetzung eine Reduzierung der Baukosten durch serielles Bauen sowie Anlehnungen an die Gestaltung des Bestandsgebäudes zu prüfen,

- in die Vorbereitung einer Entscheidung über eine Sanierung oder einen Abriss mit nachfolgendem Neubau die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Atelierförderung endlich starten

DIE LINKE hatte in den letzten Jahren wiederholt Anstrengungen unternommen, in der Stadt ein Atelierförderprogramm zu konzipieren und anzubieten. Im Verwaltungsstreit, ob es hier um Wirtschafts- oder Kulturförderung handele, scheiterten die Anliegen letztlich an den politischen Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung. Jetzt gibt es erneut eine Gelegenheit klar zu machen, dass es notwendig ist, auf diese Weise Kreative in der Stadt zu unterstützen. Für das neu zu errichtende Kreativzentrum sollen erhöhte Anfangsmieten ab 9 Euro kalt und aufwärts gelten. Jetzt sind es 9 Euro warm. Das ist für uns nicht akzeptabel. Dennoch sollte für Künstlerinnen und Künstler an diesem und an anderen städtischen Standorten Förderung möglich sein, wenn wir Kunst und Kreativität in der Landeshauptstadt halten wollen. Das Förderprogramm muss eine gute finanzielle Absicherung und Kriterien zur Vergabe aufweisen, die solide vorbereitet und

im Haushalt abgesichert werden müssen. Spätestens 2023 soll alles vorbereitet sein und das Programm in Anspruch genommen werden.

Den vorgelegten Planungen für ein neues Kreativhaus auf dem Areal des Langen Stalls anstatt des Rechenzentrums stehen wir sehr kritisch gegen-

Rauchverbot an öffentlichen Haltestellen

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich vielfach für ein Rauchverbot an Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs ausgesprochen und musste immer wieder nur die Argumente der Verwaltung zur Kenntnis nehmen, die gegen ein solches Verbot sprechen. Aber wir lassen nicht locker. Mit einem Antrag für die Aprilsitzung fordert die Linksfraktion den Oberbürgermeister auf, Gespräche mit den anderen Oberbürgermeistern und den Landräten sowie dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg zu führen, um dieses Anliegen gemeinsam zu vertreten. Dabei gehen

über. Das betrifft sowohl die hohen Mieten, die nicht beachteten Potentiale des Rechenzentrums am jetzigen Standort und die knappe öffentliche Diskussion zu diesem Projekt. Wir werden weiter darüber berichten.

*Dr. Karin Schröter
Kulturpolitische Sprecherin*

wir davon aus, dass es in den anderen Kommunen auch das Interesse gibt, den öffentlichen Nahverkehr durch ein solches Rauchverbot attraktiver zu machen, denn insbesondere in der kalten Jahreszeit ist es eine erhebliche Beeinträchtigung für Fahrgäste, an und in Haltestellen das Rauchen akzeptieren zu müssen. Wir hoffen auf eine sofortige Beschlussfassung und auf das schnelle Zustandekommen einer solchen „Koalition der Vernunft“, um vielleicht schon im nächsten Winter rauchfreie Haltestellen zu erreichen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Flächen der BlmA für Wohnungen in Potsdam

Der Oberbürgermeister, so DIE LINKE in einem Antrag, soll in Gesprächen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) darauf hinwirken, dass Flächen der Bundesanstalt für die Errichtung mietgünstiger Wohnungen in Potsdam mobilisiert werden. Die gemeinsame Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen aus dem Herbst 2018 eröffnet diese Möglichkeit. Mit der vereinbarten Verbilligungsrichtlinie kann auch ein Preisnachlass von 25.000 Euro je neu geschaffener Sozialwohnung im Geschossbau gewährt werden. Angesichts der in Potsdam nur sehr spärlich vorhandenen Flächen für den Bau von Wohnungen, des Mangels an Wohnungen vor allem im günstigen Preissegment sollte diese Chance genutzt werden.

Dr. Sigrid Müller

Noch einmal: Für den Erhalt der Kleingartensparte „Angergrund“!



Der Vorsitzende der Sparte „Angergrund“, Andreas Fischer.

Foto: MAGDA G.

Bereits im März 2019 hat DIE LINKE einen weiteren Vorstoß zum Erhalt der Kleingartenanlage Angergrund unternommen. Einem mehrheitlich beschlossenen Antrag zufolge soll die Verwaltung Gespräche mit der Tamax als Eigentümerin der Fläche führen. Ziel ist es, einen Kompromiss zum dauerhaften Erhalt zumindest eines größten Teils der Fläche als Kleingärten zu erreichen. Einen Aufstellungsbeschluss für einen B-Plan und eine Veränderungssperre zur Rettung der Anlage hatten wir bereits erwirkt. Trotzdem kann die Tamax an ihrem Plan, dort Wohnungen bauen zu wollen, festhalten. Diese Patt-Situation soll nun aufgelöst werden. Nach Vorgesprächen stehen die Zeichen nicht schlecht für einen solchen Dialog.

Dr. Sigrid Müller

AfD muss sich bei Schülern öffentlich entschuldigen

Im Zusammenhang mit der jüngsten Berichterstattung über ein von der AfD verbreitetes Fake-Foto aus Potsdam von der Schülerdemo „Friday's for Future“, erklärt die bildungspolitische Sprecherin KATHRIN DAN-NENBERG: „Ausgerechnet die AfD, die sich immer über „Fake-News“ aufregt, streut nun selber welche und benutzt dabei Jugendliche.

Mit der Verbreitung einer platten und falschen Fotomontage versucht die Partei, engagierte Schüler*innen zu diffamieren und ihr so wichtiges politisches Engagement zu ersticken. Die Schüler sollten ohnehin nach Meinung der AfD besser die Schulbank drücken, weil es keinen von Menschen verursachten Klimawandel gibt.

Hier zeigt sich wieder einmal: „blöde“ sind nicht unsere Schüler*innen, sondern Menschen, die nicht vor Manipulation und Diffamierung von Kindern zurückschrecken. Diese Einstellung und der Missbrauch der Jugendlichen sowie die Weiterverbreitung des Fake-Fotos durch die AfD, sind unverantwortlich und menschlich infam.

Ich erwarte eine öffentliche Entschuldigung von der AfD, insbesondere gegenüber den drei Schüler*innen.

Flächentarif für Pflegepersonal

Pflegepersonal wird immer knapper, Arbeitslöhne und -bedingungen nicht besser. Wir brauchen einen allgemeinverbindlichen Tarif für Fachkräfte in der Pflege, fordert die gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin Bettina Fortunato. Sie erklärt: „In Brandenburg wurde kürzlich der erste Flächentarifvertrag für die Sozialwirtschaft in Brandenburg unterzeichnet. Das zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Jedoch sind nicht alle Arbeitgeber zu diesem Tarifvertrag verpflichtet.

Deshalb fordert DIE LINKE einen allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrag. Das aber setzt voraus, dass sich mehr Arbeitgeber zur verbindlichen Übernahme des Tarifvertrages mit den Pflegekassen auf auskömmliche Pflegekostensätze einigen. Aber auch die Bundesregierung muss endlich Verantwortung übernehmen und sich klar zur Bundesratsinitiative Pflege der Länder Brandenburg und Thüringen positionieren.

Soziale Gerechtigkeit für unsere Stadt

Aus der Rede von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg auf der Gesamt-Mitgliederversammlung am 16.2.2019



Wir sind 2014 stärkste Fraktion geworden, zum dritten Mal in Folge und zum Leidwesen der SPD. Trotzdem ist die SPD wieder eine Kooperation mit CDU und Grünen eingegangen, die nach drei Jahren geplatzt ist. Es gab den Ausstieg der Grünen wegen gescheitertem Postenschacher. Seitdem gibt es faktisch wechselnde Mehrheiten bei einer Rumpfkooperation von SPD-CDU. Mit unserer maßgeblichen Unterstützung sind parteilose Beigeordnete gewählt worden.

Bei der OB-Wahl im vergangenen Jahr hat die parteilose Kandidatin der LINKEN, Martina Trauth, die Stichwahl erreicht und mit einem beachtlichen Ergebnis absolviert – ein großer Erfolg für Martina und für uns alle. Die SPD konnte jedoch mit ihrem Kandidaten die Landeshauptstadt halten. Mike Schubert hat viel versprochen und sich damit viel vorgenommen. Dabei gibt es erstaunlich viel Übereinstimmung mit unseren Zielen, womit ich ausdrücklich nicht den Stadtkanal meine.

Aber die praktische Umsetzung dieser Versprechen steht noch aus. Wir werden OB Schubert an der Umsetzung seiner Versprechen messen und ihn bei Übereinstimmung unterstützen.

Die Linksfraktion hat sich stark gemacht für soziale Gerechtigkeit, für eine Politik des sozialen Ausgleichs mit den Möglichkeiten der Stadt. Dafür hat das prosperierende Potsdam gute Voraussetzungen.

Was haben wir u.a. erreicht?

Potsdam hat ein Wohnungskonzept und ein Bündnis für bezahlbares Wohnen. Das war seit langem unsere Forderung. Wir bauen und sanieren mit enormem Aufwand Schulen, Kitas und Sportplätze. Wir erweitern das Streckennetz der Straßenbahn, demnächst bis Krampnitz. Wir haben ein anspruchsvolles Programm für Klimaschutz in Potsdam.

Wir entwickeln die Bürgerbeteiligung

weiter: Unser Antrag, regelmäßig Stadtteilkonferenzen durchzuführen, wird jetzt umgesetzt. Ab 2019 werden jährlich mindestens vier Stadtteilkonferenzen durchgeführt, in denen die Verwaltungsführung vor Ort informiert und für Probleme des Stadtteils ansprechbar ist.

Wir haben die Auseinandersetzung um den Erhalt des „Mercure“ geführt, letztlich mit Erfolg. Wir haben uns für den Erhalt des Fachhochschulgebäudes eingesetzt, solange das Sinn machte und haben wesentliche Punkte des Bürgerbegehrens zur verbindlichen Grundlage gemacht. Jetzt steht fest: Zwei Drittel des Blocks 3 am Alten Markt werden von den Potsdamer Wohnungsgenossenschaften entwickelt. Das haben wir durchgesetzt.

Wir verbinden mit dem Staudenhof das Anliegen bezahlbarer städtischer Wohnungen im Stadtzentrum. Wir haben den bereits beschlossenen Abriss wieder aufgemacht und in einer Wirtschaftlichkeitsberechnung die Gegenüberstellung von Sanierung und Neubau verlangt. Diese Berechnung ist jetzt mit einem ersten Entwurf vorgelegt worden. Danach ist es möglich, mit einem Neubau mehr Wohnraum darzustellen als im Bestandsgebäude und dabei dauerhaft einen hohen Anteil von Sozialwohnungen zu sichern. Damit werden wir uns gründlich beschäftigen, bevor wir eine Entscheidung treffen. Aber wir sollten offen sein für eine solche Abwägung.

Stabil, berechenbar und bürgernah – DIE LINKE

Wir haben eine harte Auseinandersetzung für den Erhalt des Minsk geführt. Jetzt gibt es gute Voraussetzungen dafür, dass es bleibt und saniert wird. Ohne unseren Einsatz wäre auch der Abriss der Biosphäre besiegelt gewesen. Jetzt gibt es ein anspruchsvolles Konzept zur Weiterentwicklung, das wir ausdrücklich unterstützen, offensichtlich gegen Grüne, Bürgerbündnis und AfD und einer SPD, die sich noch

bedeckt hält. Wir führen die Diskussion um das Wachstum der Stadt unter sozialen Gesichtspunkten. Dabei werden auch Zielkonflikte sichtbar: Wohnungen, Schulen, Kitas, Sportplätze Kontra Erhalt von Waldflächen, Grünflächen etc..

Die Linksfraktion hat sich einen Ruf erarbeitet als stabile berechenbare Kraft mit einem hohen Gestaltungsanspruch. Die Fraktion leistet eine harte Arbeit. Jeden Montag treffen wir uns, diskutieren lebhaft, bilden uns eine Meinung. Im Laufe dieser Wahlperiode haben wir 289 Anträge gestellt, von denen 189 angenommen und 41 abgelehnt worden sind. Dazu gehört eine Vielzahl von Anfragen und anderen Aktivitäten. Gute Grundlagen wurden geschaffen für die nächste Wahlperiode.

Wir leisten eine bürgernahe Arbeit. Wir sind nicht für uns, sondern für die Potsdamerinnen und Potsdamer da. Sowohl unsere Zeitung „Rathausreport“ als auch der Politfrühschoppen „Rathausreport live“ sind Alleinstellungsmerkmale der Linksfraktion. Wir blicken zurück auf 25 Jahre „Rathausreport“ mit Anspruch objektiver Berichterstattung.

Was heißt linke Kommunalpolitik?

Hoher persönlicher Aufwand wird gefordert - immer offen sein für die Probleme der Menschen. Es gilt nicht nur Programmsätze zu formulieren, sondern praktische Veränderungen zu erreichen. Das ist auch mit Kompromissen verbunden - dafür muss man Mehrheiten suchen. Man ist angreifbar, muss direkt für seine Haltung einstehen und diese auch immer wieder auf den Prüfstand stellen.

Wir bauen in unserer Arbeit auf verschiedene Erfahrungen, auf Vernetzung und kooperatives Miteinander. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass wir uns gegenseitig respektieren. Wenn uns das gelingt, können wir optimistisch in den Wahlkampf gehen.



„Brandenburg, alle oder keiner!“

Sebastian Walter ist 28 Jahre jung und gilt als das Talent der Partei DIE LINKE. Im Duo mit Kathrin Dannenberg aus Calau wurde der Eberswalder im Januar zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen in Brandenburg gewählt. Er sammelte bereits Erfahrungen bei der Arbeit für einen Bundestagsabgeordneten, für die Landtagsfraktion der Partei und ist seit 2016 als Regionsgeschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Ostbrandenburg. Der neue Hoffnungsträger ist wortgewandt und sympathisch. Wir sprechen mit ihm über Strukturwandel, sozialen Zusammenhalt und Kultur.

Große Veränderungen stehen den Lausitzern bevor, die Zukunft von gut 8.000 Arbeitsplätzen ist ungewiss. Mit welchem Konzept trägt sich DIE LINKE?

SW: Die Ergebnisse der Kohlekommission sind erst einmal zu begrüßen. DIE LINKE, und dafür werde ich mich besonders einsetzen, steht für einen sozial gerechten Strukturwandel. Sind wir doch mal ehrlich, es geht ja nicht nur um die Arbeitsplätze von 8.000 Leuten, sondern zusätzlich um deren Familien, um Zulieferbetriebe, um angesiedeltes Handwerk. Wir werden nichts versprechen, was wir nicht halten können: Braunkohlenutzung bis sonst wann oder mit den versprochenen Milliarden geht alles easy. Der Ausstieg aus der Kohle ist richtig und notwendig für das Klima und die nächsten Generationen. Aber wir nehmen auch die Befürchtungen der Betroffenen ernst. Mit uns werden die nicht weggeredet, sondern gemeinsam diskutiert und nach verträglichen Lösungen gesucht. Für eine starke Region braucht es die Bündelung aller Kompetenzen für eine langfristig stabile Wirtschaftsstruktur. Das heißt: eine Mischung aus Industrie-, Verwaltungs- und Wissenschafts-arbeitsplätzen unter Berücksichtigung sozialer und infrastruktureller Aspekte. Wichtig sind uns nicht nur die wirtschaftlichen Interessen, sondern die Menschen. Ich sag es mal mit dem Lausitzer Liedermacher Gundermann: alle oder keiner!

Mit welchen Maßnahmen wird DIE LINKE den Wandel voranbringen?

SW: Neben dem Kampf um die Arbeitsplätze gilt generell und nicht nur für die Lausitz, wir setzen auf starke Bildung, Stichwort lebenslanges Lernen; von der frühkindlichen Bildung, Schule und Aus- und Weiterbildung der zukünftigen Fachkräfte. Aber auch die frühzeitige Qualifizierung von arbeitssuchenden Menschen ist wichtig und muss vermehrt unterstützt werden.



Der Linkenpolitiker Sebastian Walter (l.) engagiert sich schon seit vielen Jahren in der Kommunalpolitik und für die Gewerkschaften.

Die Gelder sind ja vorhanden. Außerdem gehören zum Maßnahmenpaket finanzielle Anreize für Unternehmer*innen, Arbeitsplätze zu schaffen und Leute anzustellen, die sonst nicht so attraktiv sind für den ersten Arbeitsmarkt. Wir wollen, dass die Landesregierung wesentlich mehr Mittel in die BTU Cottbus-Senftenberg gibt. Natürlich geht es um den Breitbandausbau... Die Bundesregierung hat endlich die Bedingungen geändert, die Kommunen können sich nun beteiligen und die Gelder abrufen. Privatunternehmen können eben nicht allein leisten, was für die öffentliche Daseinsvorsorge notwendig ist. Das müssen wir als Regierung vorantreiben, sonst bekommen wir nie flächendeckend Breitband. Für die Unternehmen allein ist das nicht interessant genug. Gleich wohl geht es aber um viel mehr: medizinische Versorgung, ÖPNV, Schulen, Kitas, mehrgeschossigen Wohnungsbau, bezahlbare Mieten usw., damit Menschen gern in Brandenburg siedeln. Wir machen uns stark für gleiche Bedingungen in Stadt und Land und gegen das übertriebene Privatisieren von kommunalem Eigentum.

Wie läuft das in Zukunft mit Zuwendungen für Kultur, Kunst und Sport?

SW: Ich möchte, dass Kultur-, Kunst- und Sporteinrichtungen sowie Museen im ganzen Land am besten ohne private Gelder auskommen. Das ist das Ziel! Wenn wir ein Brandenburg für alle wollen, in dem niemand Abstiegs- oder Zukunftsängste haben soll, dann müssen natürlich auch alle teilhaben können am kulturellen und sportlichen Leben. Darum reden wir darüber, Kultureinrichtungen so zu gestalten, dass sie erhalten bleiben und für alle Altersgruppen zugänglich sind. Um ehrlich zu bleiben: klar ist, dass Kultur mo-

netär immer ein Zuschussgeschäft sein wird. Das muss es auch, um unabhängige, freie Kultur und Entfaltung von Ideen zu ermöglichen. Unsere Vision: freie Kunst und Kultur in Brandenburg! Außerdem wünsche ich mir, dass in manchen Orten die alten Kulturhäuser wiederbelebt werden, um Räume für Kultur und Begegnung, z.B. im ländlichen Raum zu haben. Die Entwicklung geht ja zum Glück wieder weg vom neoliberalen Denken hin zu mehr Gemeinsamkeit. Und sicher müssen wir auch manche Entscheidung zu Einsparungen zurücknehmen, die zugunsten eines „schlanken Staates“ in dem Bereich getroffen wurden.

Wie beurteilst Du die rechtspopulistische Entwicklung in Brandenburg?

SW: Das ist wirklich schrecklich. Ich war ja oft zu verschiedenen Demos quer im Land unterwegs. Bei den Gesprächen mit Stadtverantwortlichen höre ich regelmäßig, dass Neutralität gewahrt werden muss. Ich sage aber, wenn Ortsvertreter*innen in die Verantwortung gehen, verpflichten sie sich im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu handeln. Wenn die angegriffen wird, und die wird im Moment massiv angegriffen von Rechtspopulisten und Hetzern, erwarte ich, dass sich die Verantwortlichen mit allen anderen Demokrat*innen klar positionieren. Wir hatten schon mal eine Zeit, als Menschen alle möglichen Ausreden hatten, dass sie sich diesen rechten Leuten nicht entgegen gestellt haben. So was darf nicht wieder passieren! Da sind wir alle gefordert. Richtig ist aber auch, dass in vielen Orten des Landes in den letzten Jahren bei Schwierigkeiten weggeschaut, über Probleme der Bürger*innen nicht geredet wurde. Da werden wir in Zukunft wesentlich stärker und schneller handeln.

Handlungsbedarf im Kampf gegen Armut!

Die ständige Konferenz der LINKEN-Fraktionsvorsitzenden in den Ländern, dem Bund und im Europäischen Parlament (FVK) traf sich am 15./16. Februar zur Beratung in Potsdam.

Im Mittelpunkt der Diskussion mit Brandenburgs Sozialministerin, Susanna Karawanskij, stand der Kampf gegen Armut. In diesem Zusammenhang wurden Vorschläge zur Überwindung von Hartz IV erörtert.

Kathrin Dannenberg, stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion Brandenburg, stellte fest: „Wir sind seit langem der Meinung, dass Hartz IV nicht geeignet ist, Menschen in Arbeit zu bringen. Oftmals werden Leistungen auch zu schnell oder zu Unrecht gestrichen. Das belegen entsprechende Klagen und Widersprüche. Bei Jugendlichen unter 25 Jahren ist dies nicht selten existenzbedrohend.“

Susanna Karawanskij, Brandenburgs Sozialministerin, wies ausdrücklich darauf hin, dass großer Handlungsbedarf bei den Hartz-IV-Sanktionen bestehe. „Jobcenter sind gesetzlich verpflichtet, Arbeitslosen ihren Regelsatz drastisch zu kürzen, wenn sie bestimmte Pflichten nicht erfüllen. In der härtesten Sanktionsstufe betrifft das die Kosten für Unterkunft, Heizung oder sogar den Krankenversicherungsschutz. Das Bundesverfassungsgericht ist derzeit mit genau dieser Problematik befasst. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse. Um jedoch Armut mit all ihren Auswirkungen auf alle Lebensbereiche, wie z. B. Teilhabe, Gesundheit, Bildung wirksam bekämpfen zu können, braucht es mehr als alle berechnete Kritik an Hartz IV. Wir brauchen sozialversicherungspflichtige Arbeit, Minijobs dürfen nicht zur Rentenminimierung führen, auch hier sollten wir über Gestaltungsformen von Versicherungspflicht nachdenken. Wir brauchen den Mindestlohn, der nicht nur gerade so an der Pfändungsfreigrenze vorbeischrämmt. Wir brauchen eine Grundversicherung für alle bis hin zu einer armutsfesten Rente, u. a. m. In diese Richtung würde ich die gesellschaftliche Debatte gern treiben. Es wird nicht ausreichen, sich immer nur an einem Thema/Vorschlag abzuarbeiten, bis nichts mehr übrig ist, wie es derzeit mit den Rentenkonzeptvorschlägen von Bundesminister Heil passiert.“

Schule mal anders – ein Erfahrungsbericht aus Finnland

Finnland ist ja im Bereich der schulischen Bildung weithin für die Vorbildfunktion in Bezug auf bestmögliche Bildung für alle, unabhängig vom Bildungshintergrund und Geldbeutel der Eltern, bekannt.

Aus dienstlichen Gründen hatte ich als Lehrerin im März die Gelegenheit, zwei Schulen in Potsdams Partnerstadt Jyväskylä in Finnland kennenzulernen und im Unterricht zu hospitieren. Diese Vorbildfunktion konnte ich dort erleben und viele inspirierende Erfahrungen mit nach Hause nehmen. Öffentliche Schulen in Finnland sind bestens ausgestattet und wohnlich eingerichtet mit modernen und gemütlichen Möbeln in allen Ecken, auch auf den Fluren. Eine Einladung, sich wohlfühlen, die sowohl auf das Personal als auch auf die Schüler*innen wirkt und eine echte „Wohlfühlatmosphäre“ schafft. Ein Lebensort, keine Zwangseinrichtung zum Lernen.

Darüber hinaus konnte ich im Unterricht einen Paradigmenwechsel zu deutschem Unterricht feststellen: Es geht nicht ums Unterrichten, sondern darum, zu lernen. Schüler*innen in Finnland lernen, weil sie lernen wollen und nicht weil jemand sie unterrichtet.

Sie sind dabei viel selbstständiger und eigenverantwortlicher. Das funktioniert, weil sie von ihren Lehrkräften und Mitschüler*innen angenommen werden. Es herrscht ein Klima gegenseitigen Respekts, auch weil Lehrkräfte dort gesellschaftlich bestens angesehen sind – nur die Besten der Besten können Lehrer*in werden. Das Motto der Schule ist auch passender Weise: „Du kannst so sein, wie du bist“.

Das trägt natürlich zur persönlichen und interesselgeleiteten Entfaltung



der Schüler*innen bei, wobei auch großer Wert auf Wahlmöglichkeiten entsprechend der Interessen gelegt wird. Insgesamt stehen überall die Atmosphäre und die Gefühle im Vordergrund – „I feel good“ ist das Wichtigste. In diesem Rahmen gibt es auch die Lernmittelfreiheit und kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen, ebenso wie selbstverständlich beste digitale Ausstattung, begrünte Klassenzimmer und nicht zuletzt attraktive Pausenräume, eine tolle Bibliothek, Computer- und Lernräume sowie Bandprobenräume, die jederzeit offen sind - unbeaufsichtigt. Damit hat man in Finnland die wichtigste Voraussetzung

für erfolgreiches Lernen erkannt: Nur wenn es einem gut geht, man sich angenommen, respektiert und als Teil einer großen Gemeinschaft fühlt, kann und möchte man auch etwas lernen. Dazu trägt natürlich nicht unwesentlich der Fakt bei, dass man in Finnland nur die Gemeinschaftsschule bis Klasse 9 kennt – erst danach entscheiden sich die Schüler*innen wie es weitergeht. Von dieser Inspiration möchte ich gern versuchen, auch Elemente in die Potsdamer Schulen zu tragen, zum Beispiel mit dem Versuch in Krampnitz ein Schulzentrum als „eine Schule für alle“ von Klasse 1-13 zu etablieren.

Tina Lange

Himmelfahrt nicht vergessen

Für den späten Termin des diesjährigen Himmelfahrtstages ist allein der Mondschuld und somit weder die Politik noch der Himmel...

Trotz der noch vielen Wochen bis zum 30. Mai haben die Vorbereitungen für den traditionellen Ausflug der Partei DIE LINKE längst begonnen. Bus- und Busfahrer sind bestellt, und das Fahrtziel ist ausgespäht. Wir wollen in diesem Jahr das Biosphärenreservat Mittlere Elbe und einige Punkte des umgebenden Dessau-Wörlitzer Gartenreiches erwandern und erfahren. Damit verbinden wir ein interessantes Umweltthema mit einer Portion anhaltinischer Geschichte, werden aber auch 100 Jahre Bauhaus Dessau entsprechend würdigen. Schwerpunkt ist aber wie in jedem Jahr die Freude an unserem gemeinsamen Erleben.

Die Anmeldungen zu dem Ausflug werden wie in den Vorjahren unter 0331 / 872933 entgegen genommen. Angesichts der hohen finanziellen Belastungen des Kreisverbandes im Wahljahr 2019 ist ein geringer Eigenbetrag der Teilnehmer einzuplanen.

Dr. R. und H. Drohla

SUDOKU

	2	3	5	6				
								8
	5			1	9			
		2			4	9		
4		1				6		7
		9	2			5		
			6	8			9	
2								
			1		5	7	6	

Auflösung März

1	6	4	9	2	5	8	3	7
3	8	7	1	6	4	2	9	5
9	5	2	8	3	7	4	1	6
6	1	3	4	7	8	5	2	9
4	2	9	5	1	6	3	7	8
5	7	8	3	9	2	1	6	4
2	9	5	6	4	3	7	8	1
8	3	1	7	5	9	6	4	2
7	4	6	2	8	1	9	5	3

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

Sonnabend, 6. April 2019
10.00 – 18.00 Uhr, „Tag der offenen Tür“, Landtag Brandenburg, mit Ausstellung der AWO-Ehrenamtsagentur im Fraktionszimmer der LINKEN
Bild einbauen



Sonntag, 7. April 2019
10.00 – 12.00 Uhr, „Rathausreport live“, der Polit-Frühschoppen der Stadtraktion im Café im Bürgerhaus Sternzeichen

Donnerstag, 11. April 2019
16.00 Uhr, Ortsvorstandssitzung SDK, Bürgerhaus Sternzeichen, Gast: Peter Mundt, AG Senioren beim KV DIE LINKE. Potsdam

Freitag, 12. April 2019
14.30 Uhr, Infostand Keplerplatz, vor REWE

Donnerstag, 18. April 2019
Nachmittag, Osterfest des SC Potsdam im Kirchsteigfeld

Donnerstag, 9. Mai 2019
17.00 Uhr, Ortsvorstandssitzung SDK, Bürgerhaus Sternzeichen

Freitag, 10. Mai 2019
15.00 Uhr, Straßenfest für Men-

schen mit und ohne Behinderung, Luisenplatz Potsdam

Freitag, 17. Mai 2019
19.00 Uhr, Talk zu den Kommunalwahlen im Wahlkreis 6, Club 18, Pietschkerstraße 51, 14480 Potsdam